



**Pressemitteilung der Union
Luxembourgeoise des
Consommateurs**



(Lëtzebuenger Konsumenteschutz)

ULC entsetzt über die Schließung von 11 „Spuerkeess“-Filialen

Die ULC ist entsetzt über die Ankündigung der schon für Ende März vorgesehenen Schließung von 11 BCEE Agenturen quer durchs Land.

Das Resultat hiervon wird eine weitere sehr bedenkliche Ausdünnung des Filialnetzes u.a. in den ländlichen Gegenden des Landes sein. Entlang der Mosel und im Norden bleiben nur noch zwei (Remich und Grevenmacher) beziehungsweise drei Filialen übrig.

Vor allem für ältere Menschen und die „personnes à mobilité réduite“, wird dies erhebliche Konsequenzen haben. Sie werden nun gezwungen bei den Online-Operationen, Hilfe bei Verwandten, Nachbarn oder Freunden zu suchen, da sie z.B. für die Zahlung ihrer Rechnungen systematisch auf Hilfe von Dritten angewiesen sind.

Auch wenn die „Spuerkeessverantwortlichen“ die Schließung der Filialen damit begründen, dass die Frequentation der Filialen über die vergangenen Jahre zurückgegangen ist, so werden immer noch tausende von Kunden im Regen stehen gelassen.

Gerade von der staatseigenen „Spuerkeess“ hätte die ULC eine solch radikale und unsoziale Politik nicht erwartet.

Begründet wird die Schließung der zahlreichen Niederlassungen ebenfalls mit dem Ausbau der Digitalstrategie. Nur wird diese den betroffenen Menschen, die auf die Hilfe von Schalterbeamten angewiesen sind, nichts nützen. Hilfeleistung wird ihnen lediglich über Telefon oder online angeboten und hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Besonders ältere Kunden und Menschen mit einer Behinderung sind oft auf die effektive Unterstützung durch Schalterbeamten angewiesen und können mit dieser digitalen Hilfestellung nichts anfangen.

Die Sparkasse, die zu 100 % dem Staat gehört, wird damit praktisch zum Vorreiter einer radikalen und unsozialen Schließungspolitik ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse ihrer Kunden.

Die ULC kritisiert diese Vorgehensweise aufs Schärfste und fordert die Verantwortlichen der „Spuerkeess“ auf, diese Schließungen und unsozialen Rationalisierungsmaßnahmen rückgängig zu machen.

Des Weiteren appelliert die ULC an die Regierung und ins Besondere an den neuen Wirtschaftsminister, ihre Verantwortung zu übernehmen, um diese skandalöse Vorgehensweise der staatlichen BCEE wieder zu annullieren.

Mitgeteilt von der ULC am 13.02.2020